

Akademische Vergangenheitspolitik. Wissenschaftskultur in der Nachkriegszeit

**Jahrestagung des Zeitgeschichtlichen Arbeitskreises Niedersachsen
am 16./17. November 2001 in Göttingen**

Der von Bernd Weisbrod (Göttingen) geleitete Zeitgeschichtliche Arbeitskreis Niedersachsen veranstaltet jährlich einen Workshop und eine Konferenz zu zeitgeschichtlichen Themen, insbesondere zur politischen Kultur der Nachkriegszeit. Nach den letzten Tagungen zum „Abschied vom Agrarland“ und zum „Erbe der Provinz“ fand die diesjährige Konferenz vom 16./17. November 2001 zum Thema „Akademische Vergangenheitspolitik. Wissenschaftskultur in der Nachkriegszeit“ statt. Ihr Ziel war es, anhand von unterschiedlichen Disziplinen die professionellen und intellektuellen Umwidmungsprozesse näher zu bestimmen, mit denen nach 1945 die wissenschaftlichen Ressourcen auf die neuen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausgerichtet wurden. Über die klassischen „Mandarine“ hinaus fiel der Blick dabei vergleichend auf Remigranten, NS-Außenseiter und die Entwicklung in der DDR.

In seinem Einführungsvortrag betonte Bernd **Weisbrod**, daß vor und nach 1945 bei allen Disziplinen von einer Selbstmobilisierung der Wissenschaften auszugehen sei, die nach 1945 zu einem verkehrten Arrangement auf Gegenseitigkeit geführt habe. Für die erstaunliche Regenerationsfähigkeit der akademischen Zunft in der Nachkriegszeit machte er ein „Moratorium der Mandarine“ verantwortlich. Personell und organisatorisch sei es zu einer Entflechtung und Neuverflechtung der wissenschaftlichen Netzwerke gekommen, inhaltlich dagegen zu „semantischen Umbauten“. Mit deren Hilfe wurden die bisherige Ansätze umgewidmet und der offene Selbstfindungsprozeß vollzogen. Wissenschaftliche Innovationen entwickelten sich daher nicht einfach aus der Abkehr vom NS oder durch den Anschluß an den Westen, sondern durch komplizierte Übertragungsprozesse. Deren Regeln freizulegen, nannte Weisbrod als ein Ziel der Tagung. In der Diskussion unterstrich er, daß die kulturellen Codes für die Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit nur aus der Erfahrung mit dem NS zu gewinnen seien.

Andere Rahmenbedingungen galten freilich für die ostdeutsche Professorenschaft. Ralph **Jessen** (Potsdam) machte in seinem Referat über „Kollaborationsverhältnisse im ostdeutschen Wissenschaftssystem der 50er Jahre“ deutliche Unterschiede zwischen den Geistes- und Naturwissenschaften aus. In den Geisteswissenschaften sei es zum einem raschen Personalaustausch gekommen, bei dem eine neue sozialistische Elite die alte Mandarine verdrängte. Dagegen stellte er für die naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Disziplinen eine ausgeprägte personelle Kontinuität fest, die selbst stark belastete Professoren mit großzügigen Integrationsangeboten privilegierte. Für diese Anpassungsleistungen schlug Jessen den Begriff „Kollaboration“ vor. Denn ihre Zusammenarbeit mit dem SED-Regime habe nicht auf weltanschaulichen Gemeinsamkeiten beruht, sondern auf materiellen und symbolischen Vorteilen, von denen insbesondere die Naturwissenschaftler profitierten. In der Diskussion gab es Bedenken gegen den Begriff der Kollaboration. Lutz Niethammer (Jena) erinnerte daran, daß er für den Fall der Fremdherrschaft eingeführt worden sei. Vorgeschlagen wurde, von Kooperation zu sprechen oder zu hinterfragen, inwiefern dieser Begriff nicht gleichermaßen auch für die Bundesrepublik gelten könne.

In der Bundesrepublik dominierte in beiden Wissenschaftsbereichen eine hohe Ämterkontinuität, die vornehmlich nur NS-Außenseiter ausschloß. Diese „Grenzen der akademischen Vergangenheitspolitik“ in Westdeutschland untersuchte Oliver **Schael** (Göttingen) mit Blick

auf den „Verband der nicht-amtierenden (amtsverdrängten) Hochschullehrer“. Am Beispiel des Göttinger Verbandvorsitzenden, dem Theologen Walter Birnbaum, erläuterte er die Ausschlußkriterien für deren Wiedereinstellung. Fehlende akademische Qualifikation (Promotion/Habilitation) oder fehlende „menschliche Anständigkeit“ (etwa bei Denunziationen) reichte aus, um NS-Aufsteigern in den Wissenschaften eine weitere Karriere zu blockieren, selbst dort, wo sie juristisch rehabilitiert wurden. Obwohl der Staat schließlich ihre materielle Versorgung und ihren Amtsanspruch sicherte, verwehrten die Fakultäten, die qualifizierte NS-Professoren durchaus integrierten, den „Amtsverdrängten“ die volle Ko-optation. In der Schlüter-Affäre geriet diese akademischen Auseinandersetzung 1955 sogar an die breitere Öffentlichkeit. Eine „gewisse heilsame Stille“ (Hermann Lübke) herrschte hier sicherlich nicht.

Die Mandarine grenzte sich jedoch nicht nur von den NS-Aufsteigern, sondern auch von den nach 1933 verdrängten Emigranten ab, wie Claus-Dieter **Krohn** (Lüneburg) darstellte. Zu einer Rückkehr der Emigranten kam es vor allem über Ausschreibungen, kaum über Rückberufungen. Besonders in den Sozialwissenschaften gaben die Remigranten Anregungen für den wissenschaftlichen Anschluß an den Westen. Diese Anregungen wurden jedoch erst verspätet aufgenommen. Die Remigranten selbst blieben ebenfalls noch lange auf skeptischer Distanz zu ihrem akademischen Umfeld. Carola **Dietze** (Göttingen) unterstrich dies am Beispiel des „heimatlosen Heimkehrer Helmuth Plessner“. Der Soziologe habe bei seiner zögerlichen Rückkehr nach Deutschland allenfalls unterschiedliche intellektuelle Wahlheimaten finden können. Er fühlte sich ausgegrenzt und mußte spitze Bemerkungen von Kollegen ertragen. Seine ehrgeizigen Ziele sah der durchaus erfolgreiche Ordinarius nicht erfüllt. Dietze erklärte die von Plessner selbst beklagte relative wissenschaftliche Bedeutungslosigkeit vor allem damit, daß er als Emigrant keine Notwendigkeit für einen Neuanfang sah, sondern an seinen bisherigen Methoden und Inhalten festhielt. In der Diskussion wurden den Referenten allerdings entgegen gehalten, daß die Remigranten in Einzelfällen einen durchaus entscheidenden Einfluß hatten.

Wie die intellektuellen Umwidmungsprozesse bei den nicht-emigrierten Ordinarien verliefen, machten drei Analysen zu bedeutenden Repräsentanten der Geisteswissenschaften aus. Thomas **Etzemüller** (Tübingen) untersuchte in Anlehnung an Ludwig Fleck den Denkstil des Historikers Werner Conze. Anhand von Schlüsseltexten zeigte er, daß Conzes Schriften trotz des Systemwandels dauerhaft um Ordnung und Stabilität kreisten. Dabei machte Etzemüller ein narratives Muster aus, das durch einen Dreischritt von Ordnung/Angriff/Synthese strukturiert sei. Auf die „integrierte Welt“ folge die „Auflösung der stabilen Gesellschaftsordnung“, die wiederum durch die „erneute Integration der Gesellschaftsverfassung“ abgelöst werde.

Mit einem stärker biographischen Zugang näherte sich Daniel **Morat** (Göttingen) der wechselvollen Karriere von Martin Heidegger. Mit Bezug auf Pierre Bourdieu machte er bei Heidegger eine doppelte Distinktion aus: Einerseits eine Distinktion gegenüber den nicht-akademischen Laien, andererseits eine Distinktion gegenüber dem akademischen Mandarinentum, da Heidegger sich zeitlebens als universitärer Außenseiter gerierte. Zugleich zeichnete Morat die philosophische Positionsverschiebung von Heidegger nach, die sich vor allem im Abschied von seiner metaphysischen Position ausmachen lasse. Sowohl die doppelte Distinktion als die inhaltlichen Umwidmungen hätten nach 1945 eine offensive Abgrenzung von der eigenen NS-Vergangenheit ermöglicht, ohne sich explizit mit ihr auseinandersetzen zu müssen.

Kai Arne **Linnemann** (Göttingen) untersuchte schließlich die „sanften Übergänge“ im Denken von Herman Nohl, einem der Väter der deutschen Erziehungswissenschaft. Nohl sei 1933 ein potentieller Sympathisant des NS gewesen, der erst durch die nationalsozialistische Politik zunehmend auf Distanz gerückt sei. Nach 1945 konnte er deshalb mit breitem Engagement als „akademischer Bürger“ für eine neue „Sittlichkeit“ eintreten.

Wie Margret **Kraul** (Göttingen) ergänzte, durchzog Nohls Denken eine Hoffnung auf Rettung und Neubeginn, die stets von einer Wassermetaphorik des Strömens begleitet wurde. Nohls sanfte Übergänge zum NS und aus ihm heraus sah sie dagegen skeptischer. In der Diskussion wurde schließlich angeregt, die „Großdenker“ nicht gleich als solche anzunehmen, sondern zu untersuchen, wer auf welche Weise diesen Status ermöglichte und zuschrieb.

Die abschließenden vier Vorträge blickten schließlich über individuelle Fälle hinaus auf die Entwicklungstendenzen in unterschiedlichen Disziplinen und Institutionen. Gerhard **Kaiser** und Matthias **Krell** (Siegen) analysierten die „semantischen Umbauten“ in der westdeutschen Literaturwissenschaft und der ostdeutschen Linguistik. Hierunter verstanden sie die Veränderungen, mit denen sich der politische Systemwechsel in den wissenschaftlichen Redeweisen der Fächer niederschlug. Für die veränderte Forschungs- und Resonanzbedingungen in der westdeutschen Literaturwissenschaft machte Kaiser drei Strategien des semantischen Umbaus aus: Überschreibungen (Palimpseste), bei denen Titel oder Schlüsselbegriffe abgeändert wurden; eine Rhetorik der Versachlichung, die sich auf nüchterne, mitunter tabellarische Darstellungen zurückzog; und stille Themenwechsel, wobei allerdings der Anschluß an die moderne Literatur nur selten gelang. Alle drei Strategien ermöglichten das Ausblenden der jüngsten Fachvergangenheit. Eine Versachlichung und Nicht-Thematisierung der NS-Vergangenheit sah Krell ebenso bei den ostdeutschen Linguisten. Ihre Anknüpfung an den marxistisch-leninistischen Leitdiskurs erlaubte zugleich, einen radikalen Bruch zu inszenieren. Deshalb war die ostdeutsche Linguistik weniger auf eine Rhetorik der individuellen oder fachlichen Anständigkeit angewiesen. Gerade der Bezug auf Stalins Beitrag zum linguistischen Diskurs habe dabei eine „semantische Schutzglocke“ gebildet.

Auf ein bisher kaum beachtetes Feld blickte Svenja **Goltermann** (Bremen) mit ihrem Referat über die Verwandlung der westdeutschen Psychiatrie. Anhand der Diagnosen von psychischen Leiden in der Folge von Krieg und Verfolgung untersuchte sie die Verschiebung des psychiatrischen Deutungsgefüges. Dabei machte sie einen schrittweisen, seit den späten fünfziger Jahren beschleunigten wissenschaftlichen Transformationsprozeß aus, der eine zunehmende Anerkennung von seelischen Verletzungen einleitete. Die „Persönlichkeit“ galt immer weniger als durch „Anlage“ vorbestimmt und prinzipiell belastbar. Statt dessen sprach man von „erlebnisbedingtem Persönlichkeitswandel“. Die Anerkennung der psychischen Leiden von KZ-Häftlingen wirkte dabei als Katalysator, wenn auch die Übertragung dieser wissenschaftlichen Deutung den Kriegsheimkehrern weitgehend verwehrt blieb. Wie Rüdiger **vom Bruch** (Berlin) in seinem Kommentar betonte, wurde die Trägheit der Wissenschaft dabei sowohl durch gesellschaftliche Ansprüche als auch durch innerwissenschaftliche Widersprüche herausgefordert.

Daß Verdrängung und Kontinuität ein umsichtig und aufwendig hergestelltes Produkt von Personen, Institutionen und Netzwerken war, zeigte Carola **Sachse** (Berlin) mit ihrem Referat über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft. Am Beispiel des Erbpathologen Otmar von Verschuer, 1942-1945 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, analysierte sie den schmalen Grad zwischen der Ausgrenzung von hochbelasteten Wissenschaftlern und der Aufrechterhaltung der zeithistorischen Definitionsmacht. Verschuer hatte sich durch seine

Rasseversuche an Blutseren und Augenpaaren von Auschwitzopfern ebenso diskreditiert wie durch seine rassistischen Schriften. Eine Rückkehr zur MPG sahen seine Kollegen als eine unkalkulierbare Hypothek für ihre eigene wissenschaftliche Zukunft an. Deshalb beschwichtigten 1949 führende Männer aus der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft in der sogenannten Verschuer-Denkschrift wohltdosiert seine Schuld – nicht nur um seiner Wiederverwendbarkeit bei der MPG Grenzen zu setzen, sondern auch um entlastende Sprachregelungen für das eigene Netzwerk zu schaffen. Die vermeintliche Anständigkeit, die demonstrative Differenz zu den „wirklichen“ Fanatikern und das beschworene Nichtwissen um die Massenmorde gehörten auch hier zu diesem Verständigungskatalog.

Die verdeckte Vergangenheitspolitik in den Naturwissenschaften griff schließlich auch Marc **Walker** (New York) in seinem öffentlichen Abschlußvortrag auf, der zusammen mit dem Göttinger Institut für Wissenschaftsgeschichte durchgeführt wurde. Er zeichnete in einem Längsschnitt „von Kopenhagen nach Göttingen“ nach, wie die führenden deutschen Atomphysiker nach 1945 ihre moralische Reputation sicherten, ohne sich ihrer Vergangenheit ganz entledigen zu können. Sie übernahmen dabei die von Weizsäcker schon in Farmhall aufgebrachte Formel, Hitler angeblich den Bau der Atombombe verweigert zu haben. Indem sie nun unter Adenauer öffentlich einen Forschungsbeitrag zur Atombewaffnung der Bundeswehr ablehnten, konnten sie selbst gegenüber den amerikanischen Kollegen eine moralische Überlegenheit beanspruchen, die ihre Forschung wieder international anschlussfähig machen sollte.

Wie die meisten Beiträge zu dieser Tagung zeigte auch der Schlußbeitrag, daß sich die Wissenschaften nach 1945 rasch wieder formierten, indem sie im Schutze des „Mandarinentums“ ihre Ressourcen neu konfigurierten und ihr altes Selbstverständnis nur umdefinierten. Die entstehende Wissenschaftskultur ist damit zwar noch nicht hinreichend beschrieben, aber die diskutierten professionellen Selbstmobilisierungsstrategien lassen auf eine hohes Maß an „path dependency“ im Neuanfang der Nachkriegszeit schließen. Eine Publikation der Tagungsergebnisse wird im Herbst 2002 im Wallstein-Verlag Göttingen erscheinen.

Frank Bösch, Göttingen